



newsletter nr.5-05

Günter Gloser MdB  Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion  www.guenter-gloser.de



Liebe Europäerinnen und Europäer,

zwei Ereignisse bewegen momentan die Republik: das geplante Vorziehen der Bundestagswahl und das Scheitern der Ratifizierung der EU-Verfassung.

Die Niederlage der SPD bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen bedeutet politisch eine erhebliche Zäsur. Das Ergebnis verändert die Mehrheitsverhältnisse in Bundesrat und Vermittlungsausschuss des Bundestages zu Gunsten der Opposition. Ein eigener Handlungsspielraum der Bundesregierung wurde noch mehr eingeschränkt. Eine Blockade politischen Handelns war zu befürchten, verschiedene Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit wiesen bereits in diese Richtung. Insofern ist die Suche nach neuer politischer Legitimation verständlich. Mit der Vertrauensfrage kann ein solcher Weg beschritten werden, wobei ein entsprechendes Selbstauflösungsrecht des Bundestags – verankert im Grundgesetz – rechtlich eindeutiger wäre.

Der Ausgang der Referenden in Frankreich und der Niederlande löst auch bei mir große Enttäuschung

aus. Bereits durch die Ablehnung eines einzigen Landes ist die Verfassung endgültig gescheitert. Unabhängig davon sollten alle Länder ihren Ratifizierungsprozess fortführen. Eine Aussicht auf rasche Nachverhandlungen sehe ich nicht. Wir müssen jedoch Antworten auf die von den Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Ängste und Sorgen finden und in bestimmten politischen Feldern handeln. Erst dann kann sich die Stimmung wieder ändern.

Dem gescheiterten Ratifizierungsprozess widmet sich schließlich auch der Schwerpunktartikel dieser Ausgabe des Newsletters.



Herzlich einladen möchte ich alle Leserinnen und Leser zum Besuch des Infomobils des Deutschen Bundestags am Jakobsplatz in Nürnberg. Von nächstem Montag an ist das Infomobil für drei Tage vor Ort, um über die Arbeit der Abgeordneten zu informieren. Ich werde am Montagvormittag und Mittwochmittag vor Ort sein und würde mich über Ihren Besuch freuen.

Freundliche Grüße

Ihr



newsletter nr.5-05

Günter Gloser MdB  Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion  www.guenter-gloser.de

NON & NEE:

Das Aus für die EU-Verfassung

Nicht einmal eine Woche ist es her, dass der Bundesrat der EU-Verfassung mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit zustimmte und damit den Ratifizierungsprozess in Deutschland abschloss. Der Bundestag stimmte bereits zwei Wochen vorher mit überwältigender Mehrheit dem Verfassungsvertrag zu. Für die EU-Verfassung votierten in namentlicher Abstimmung 569 Abgeordnete. Dagegen stimmten 23 Parlamentarier/innen und zwei enthielten sich.

Aus großer Freude wird große Enttäuschung

Die große Freude hierüber sollte nicht lange anhalten: Letzten Sonntag stimmten in Frankreich bei einem Referendum 54,9 Prozent der Wähler/innen gegen die Verfassung. Auch wenn Umfragen die Ablehnung voraussagten: Das französische „Non“ und vor allem die deutliche Mehrheit, mit der es ausgesprochen wurde, löst große Enttäuschung aus. Bald wurden Befürchtungen laut, die Ablehnung des als historisch zu bewertenden EU-Verfassungsvertrages durch das EG-Gründungsmitglied Frankreich könnte sich negativ auf noch ausstehende Referenden auswirken. Gar von der Gefahr eines Domino-Effektes war die Rede. Und tatsächlich:



Als zweites Gründungsmitglied hat die Bevölkerung der Niederlande der EU-Verfassung mehrheitlich eine Absage erteilt. Ähnlich wie drei Tage zuvor in Frankreich war das Ergebnis eindeutig: Nach Auszählung fast aller Stimmen votierten am Mittwoch etwa 61,6 Prozent gegen das Vertragswerk und nur 38,4 dafür. Anders als in Frankreich ist die Abstimmung in den Niederlande für das Parlament nicht bindend. Das niederländische Parlament, das die EU-Verfassung seinerseits mit deutlicher Mehrheit befürwortet, will aufgrund der hohen Wahlbeteiligung von 62,8 Prozent bei der Volksabstimmung dem Willen der Bevölkerung jedoch folgen.

Zweimal NEIN mit gravierenden Folgen

Eigentlich sollte die EU-Verfassung am 1. November 2006 in Kraft treten. Im Vorfeld hätten jedoch **alle** 25 EU-Mitgliedsländer zustimmen müssen. Allein die Ablehnung eines Mitgliedslandes bedeutet das Aus für die Verfassung. Nach dem französischen „Non“ und dem niederländischen „Nee“ liegt sie damit zumindest für unbestimmte Zeit auf Eis. In Vergessenheit gerät nun schnell, dass bereits zehn EU-Länder der Verfassung zugestimmt haben: Außer Deutschland votierten Lettland, Litauen,

newsletter nr. 5-05

Günter Gloser MdB ■ Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion ■ www.guenter-gloser.de

Ungarn, Slowenien, Italien, Griechenland,



die Slowakei, Spanien und Österreich dafür. Diese Länder umfassen in etwa die Hälfte der EU-Bevölkerung. In Belgien, Estland, Finnland, Malta, Schweden und Zypern stehen die Parlamentsentscheidungen noch aus. Weitere Volksabstimmungen sind in Tschechien, Luxemburg, Polen, Dänemark, Portugal, Irland und Großbritannien geplant. Nicht alle Referenden sind für die Regierungen bindend, so etwa in Tschechien und Luxemburg. Zu befürchten ist, dass weitere Referenden scheitern, beispielsweise in Großbritannien. Obwohl die Verfassung für Europa mit der Ablehnung eines Mitgliedslandes bereits gescheitert ist, sollte der Ratifizierungsprozess fortgeführt werden. Der Analyse der Gründe für das Scheitern muss eine politische Auseinandersetzung folgen, die dann bestenfalls in einer neuen Initiative für ein verfasstes Europa münden kann.

Die Frage nach dem Warum

Der Ausgang der Referenden ist aus verschiedenen Gründen bitter für Europa. Frankreich und die Niederlande sind EG-Gründungsmitglieder.



Die Geschichte der europäischen Integration ist sicherlich von Höhen und Tiefen begleitet. Unbestrittene Tatsache ist jedoch, dass wir dank der

früheren EG und jetzigen EU auf die längste Zeitspanne zurückblicken können, die die Bevölkerung auf dem europäischen Kontinent in Frieden, politischer Stabilität und wirtschaftlichem Wohlergehen verbracht hat. Um diese Geschichte fortzuschreiben, braucht Europa die Verfassung. Denn sie beinhaltet:

- eine **institutionelle Reform** der EU-Organe, um ihre Arbeits-, Entscheidungs- und somit die **Handlungsfähigkeit** in einer erweiterten Union zu gewährleisten
- eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente, somit ein **Mehr an Demokratie**
- mehr **Transparenz und Verständlichkeit** der Union durch eine einheitliche Rechtspersönlichkeit der Union, eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten, eine Vereinfachung der Entscheidungsverfahren
- eine **Stärkung der Rechte des Einzelnen gegenüber der EU** durch die Verankerung der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ in der Verfassung.



newsletter nr.5-05

Günter Gloser MdB  Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion  www.guenter-gloser.de



Wenn die Gründe dafür anscheinend deutlich auf der Hand liegen – warum sprechen sich Bevölkerungen von Gründungsmitgliedern dann gegen die EU-Verfassung aus - und das so deutlich?

Protest gegen die eigene Regierung

Nicht von der Hand zu weisen ist, dass innenpolitische Gründe eine Rolle spielen. Das Phänomen ist im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament bekannt: Bei der Stimmabgabe spielen häufige nationale und nicht europäische Belange die entscheidende Rolle. So gilt auch das Abstimmungsverhalten bei den jüngsten Referenden als Protestbekundung gegen die nationalen Regierungen. In Frankreich hat das NON sogar zur Ablösung des amtierenden Premierministers Raffarin geführt.

Europa als Chance - nicht als Gefahr - begreifen

Aber dies genügt nicht allein als Antwort. Die Ablehnung fußt auf einer Stimmungslage in der Bevölkerung, die mit wachsendem Euroskeptizismus bezeichnet werden kann. Dahinter verbergen sich vielfältige Zweifel, Sorgen und Ängste. Zum Beispiel vor den wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung, dem steigenden Wettbewerbsdruck, möglichen negativen Folgen der EU-Erweiterung oder einer übermächtigen Brüsseler Bürokratie und dem Verlust nationaler Identitäten.

Es ist bisher nicht gelungen, Europa als Antwort auf eben jene Ängste und Sorgen zu vermitteln und nicht als deren Ursache.

Zu denken, berechtigte Ängste und Sorgen in einer zunehmend globalisierten Welt lassen sich durch die Rückkehr zu politischem Regionalismus zerstreuen, ist eine Täuschung. Die Verfassung wäre ein Meilenstein für ein auch in Zukunft soziales, gerechtes und friedliches Europa. Die wirtschaftlichen Probleme, die die europäischen Länder zu bewältigen haben, können in einem geeinten Europa besser angegangen werden als zersplittert. Dies zu vermitteln ist bisher nicht gelungen und ist die wichtige europapolitische Aufgabe der Zukunft.

Zwei Schritt vor, einer zurück

Eine genauere Betrachtung des europäischen Einigungsprozesses zeigt eine bestimmte Schrittfolge auf, und rückblickend charakterisiert sie möglich erweise auch die jetzige Situation: zwei Schritte vor, einen zurück. Mit genügend europapolitischer Beharrlichkeit und einer Menge Europabegeisterung ist aber auch dieser Rückschritt aufzuholen. Die Politik ist nun gefordert, Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zu finden.



newsletter nr. 5-05

Günter Gloser MdB ■ Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion ■ www.guenter-gloser.de

Der Bundestag auf Touren - Infomobil des Deutschen Bundestages in Nürnberg

Ein Forum für die Bürger



Wie arbeitet der Deutsche Bundestag? Was machen eigentlich die Abgeordneten?

Das Bundestag-Mobil ist wieder unterwegs, um parlamentarische Prozesse sowie Arbeitsweisen und Leistungen der Abgeordneten erfahrbar und transparent zu machen. Der Bundestag will so den direkten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland suchen. Geboten wird einiges:

- Bundestags-Abgeordnete berichten über ihre persönlichen Erfahrungen im Parlament und stehen dem Publikum in Talkrunden Rede und Antwort.
- Das Infomobil verfügt über eine überdachte Bühne, einen separaten Besprechungsraum und über einen Großbildschirm für die Vorführung von Filmen.
- Neben einer Plakatausstellung, die über die Arbeitsweise des Parlaments und seiner Abgeordneten informiert, erhalten Besucherinnen und Besucher Gelegenheit

sich über das CD-Rom-Angebot des Deutschen Bundestages zu informieren.

Das Bundestag-Mobil soll eine lebendige Dialogstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Parlament sein. Es soll informieren, Vorurteile abbauen helfen und dazu anregen, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen.

Von Montag, den 4. Juni bis zum Mittwoch, den 6. Juni ist das Infomobil zu Gast in Nürnberg am Jakobsplatz/Nähe Weißer Turm.

Für weitere Informationen steht Frau Kienitz vom Referat für Öffentlichkeitsarbeit gerne zur Verfügung (Tel.: 030/22735196)



Impressum:

Der newsletter wird herausgegeben von Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227 71187, Fax.: 030/227 76482,
E-Mail: guenter.gloser@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Karl-Brögerstr. 9, 90459 Nürnberg
Tel.: 0911/4389614, Fax: 0911/435694
E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de
Internet: www.guenter-gloser.de
Redaktionelle Bearbeitung: Bettina Zauhar